



## Amtlicher Theil.

Der Justizminister hat die Bezirksgerichtsadjuncten Mag Morocutti in Eberstein und Josef Lottersberger in St. Veit zu Gerichtsadjuncten bei dem Landesgerichte in Klagenfurt ernannt, den Bezirksgerichtsadjuncten in Kötschach Ferdinand Niedinger auf sein Ansuchen nach St. Veit versetzt und die Auscultanten Dr. Carl Prajak und Dr. August Ritter von Pitreich zu Bezirksgerichtsadjuncten, ersteren für Kötschach, letzteren für Eberstein ernannt.

### Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht in Strafsachen als Pressgericht zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Nr. 12 der Zeitschrift „Freiheit“, socialdemokratisches Organ, redigiert von Johann Mosl, London, 20. März 1880, durch die Aufsätze unter der Aufschrift: „Socialpolitische Rundschau“, „Frankreich“ und „Der 18. März nach fünfhundert Jahren“, das Verbrechen nach § 65 a St. G. und die Vergehen nach den §§ 302 und 305 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. G. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 26. März 1880, Z. 6939, die Weiterverbreitung der in Zürich erscheinenden Zeitschrift „Der Socialdemokrat“ Nr. 10 vom 7ten März 1880 wegen der Artikel „Was thun?“ „Socialpolitische Rundschau“, „Schweiz“ und „Socials Verständnis“, nach § 305 St. G., dann wegen der Artikel „Priester über Volkswolveränheit und Tyrannenmord“ und „Aus Böhmen“ nach § 302 St. G. verboten.

## Nichtamtlicher Theil.

### Zur Budgetdebatte.

Mit begreiflicher Spannung sieht man allseits der weiteren Entwicklung der vor wenigen Tagen eröffneten Budgetdebatte entgegen, gilt dieselbe doch seit dem Beginne der constitutionellen Ära stets als der Probierstein für die parlamentarische Befähigung der einzelnen Parteien und als der Gradmesser des Vertrauens, dessen sich die jeweiligen Regierungen seitens der Reichsvertretung zu erfreuen haben. Vollends im gegenwärtigen Augenblicke, wo einander im Abgeordnetenhaus zwei nahezu gleich starke Parteien gegenüberstehen, während die Regierung eine Art Mittelstellung zwischen, beziehungsweise über denselben einnimmt, verspricht die Discussion über das Budget nicht bloß in finanzieller, sondern auch in politischer Hinsicht klärend auf die Situation einzuwirken. Soviel ist mindestens gewiss, daß nach beendeter Budgetdebatte über die Stellung der einzelnen Parteien zu einander wie über ihr Verhältnis zur Regierung und umgekehrt volle Klarheit herrschen wird.

Die lebhaftesten Controversen dürfte der Vorschlag des Ministeriums für Cultus und Unterricht entfesseln, wie dies schon die Debatten im Budgetausschusse gezeigt haben. Die autonomistische Rechte concentrirt für den Augenblick ihre Wünsche auf das Schulwesen, bezüglich dessen sie in einer Reihe von Resolutionen und selbständigen Anträgen ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen sucht. Derselbe ist nicht bloß national, sondern in gewissem Sinne auch politischer Charakters, insofern nämlich nicht bloß die Creierung neuer Lehrkanzeln mit böhmischer Vortragssprache an der Prager Universität und die Uebernahme slavischer Mittelschulen in die Staatsverwaltung, sondern auch die Uebertragung gewisser, das Schulwesen betreffender Agenden an die Landtage verlanget wird. Ein Theil der Rechten, nämlich der Club der sogenannten Rechtspartei, geht sogar noch einen Schritt weiter und plaidiert gleichzeitig für die Wiederherstellung des confessionellen Charakters der kirchlichen Schulen, mit welchem Verlangen auch das kirchliche Moment in die Debatte gezogen erscheint. Welchen Standpunkt die Linke diesen Anträgen und Resolutionen gegenüber einnehmen wird, ist nach der Haltung ihrer Mitglieder im Budgetausschusse und nach der bekannten Denkschrift der deutschböhmisches Abgeordneten leicht zu errathen. Nur in der Frage betreffs der Dauer der Schulpflicht dürfte ein Compromiß zwischen ihr und der Rechten nicht zu den Unmöglichkeiten gehören, nachdem auch viele Abgeordnete der Verfassungspartei für weitgehende Erleichterungen des Schulbesuches im siebenten und achten Jahre eintreten.

Auch das Budget des Ministeriums des Innern dürfte allem Anscheine nach zu lebhaften Debatten Veranlassung bieten; doch darf es immerhin als ein Fortschritt begrüßt werden, daß der Bericht der Mehrheit des Budgetausschusses, trotzdem derselbe der politischen Pointe nicht entbehrt, es unterläßt, von der „Decentralisation der Verwaltung“, auf welche noch in der Adresse der Majorität so großes Gewicht gelegt wurde, zu sprechen, und sich damit begnügt, behufs Erzielung von Ersparnissen die Vereinfachung des Geschäftsganges zu empfehlen. Offenbar möchte dem Verfasser des Berichtes, Generalberichterstatter Smarzewski, der Gedanke vorgeschwebt haben, daß es leichter sei, ein allgemein gehaltenes Schlagwort hinzustellen, als dasselbe in concrete Vorschläge zu kleiden, deren Durchführbarkeit nicht gleich von vornherein den schwersten Zweifeln begegnen müßte. Auch möchte man es nicht für gerathen gehalten haben, mit Bestrebungen hervorzutreten, auf deren Unterstützung seitens der Regierung in keinem Falle zu rechnen war; denn daß Graf Taaffe nichts zulassen werde, was den einheitlichen Reichsverband schwächen und dem Föderalismus Thür und Thor öffnen könnte, darüber kann heute die Rechte des Abgeordnetenhauses ebenso wenig im unklaren sein wie die Linke.

### Oesterreichischer Reichsrath.

#### 66. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 8. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Prajak, Conrad, Kriegssau.

Die Generaldebatte über das Budget wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Beer polemisiert gegen jene Redner, welche die Finanzmiserie dem verfassungstreuen Regime zur Last legen, und weist darauf hin, daß das Siftierungsministerium die bereits angebahnte Ordnung im Staatshaushalte wieder zunichte gemacht habe. Die große Vermehrung der Staatsausgaben sei nothwendig geworden durch die Bedürfnisse des modernen Staates und sei nicht bloß in Oesterreich, sondern in allen Staaten eingetreten. Der Föderalismus auf finanziellem Gebiete würde die einzelnen Kronländer passiv machen. Möchte doch die conservative Partei bald die Fäden der Regierung ergreifen, damit wir sehen, was sie will. Ich glaube, wir werden diese Krise bald überstanden haben und dann zu besseren Zuständen gelangen.

Abg. Dr. Greggr findet, die gegenwärtige Finanzlage sei eine Folge der inneren und auswärtigen Politik Oesterreichs. Die innere Politik sei die eines deutsch-liberalen Staatswesens, und jetzt sei auch die auswärtige Politik deutsch-liberal. Redner tadelt die Occupationspolitik, die nur finanzielle und politische Gefahren in sich berge, ohne die Machtstellung des Staates erhöht zu haben. Die Occupation sei gegen das Interesse des Reiches. Man hätte auf der Balkanhalbinsel bessere Resultate erreicht, wenn man eine slavensfreundliche Politik verfolgt hätte. Redner bespricht nun die Reichsraths-Wahlordnung, die schreiende Ungerechtigkeiten enthalte, indem sie der im Herrenhause ohnehin fast ausschließlich vertretenen Curie des Großgrundbesitzes auch im Abgeordnetenhause eine zu starke Vertretung einräumte und die Handelskammern außerordentlich bevorzugt hat. Er schließt mit den Worten, daß das Wohl der Völker nicht bloß im centralistischen, sondern auch im föderalistischen Staate erreicht werden kann.

Redner sucht hierauf die ausgesprochene Ansicht zu widerlegen, daß die Gewährung der nationalen Wünsche in Böhmen die Unterdrückung der Deutschen Böhmens bedeute. Man solle nicht in den Wunden der Vergangenheit wühlen, denn beide Nationalitäten in Böhmen hätten sich wiederholt regaliert und ausgeglichen. Das czechische Volk wüßte nicht die Unterdrückung des deutschen Elementes, sondern es suche nur die Entwicklung seiner Eigenart. Das starre Festhalten an der centralistischen Verfassung, die alles nivellierende centralistische Reichsidee seien die thätigsten Agenten des Panflavisimus. Wer die Slaven unterdrücke, arbeite an dem Ruine des Reiches, und darum hoffe Redner, daß den Slaven in Oesterreich das Recht ihrer freien nationalen Entwicklung nicht versagt werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Magg widerlegt eine Reihe von Vorwürfen, welche der Verfassungspartei gemacht worden, und verweilt länger bei der Besprechung der Nationalitätenfrage. Er findet ein Nationalitätengesetz für überflüssig; denn Nationen, die bisher mit einander lebten, würden auch in Zukunft mit einander ohne ein solches Gesetz leben können; es gehöre dazu nur Duldsamkeit und gegenseitige Respectierung bestehender Eigenthümlichkeiten und Rechte. Die gegenwärtige Strömung zielt aber dahin, die eine Nation über die andere zu setzen, sie zur herrschenden zu machen. Das Schiff der Regierung werde von dieser Strömung unwillkürlich mit fortgerissen werden und die Consequenz hoffentlich die sein, daß wieder ein verfehltes Experiment gemacht worden. Die bestehende Verfassung sei allein geeignet, allen Völkern und deren Freiheitsansprüchen gerecht zu werden; denn sie sei mit Rücksicht auf die nationalen Bedürfnisse der verschiedenen Völker Oesterreichs geschaffen worden und deshalb weit entfernt, einer Nation die Hegemonie einzuräumen. Man möge deshalb davor zurückschrecken, ein bestehendes Ganze in gebrechliche Theile zu zerschlagen. (Lebhafter Beifall links.)

Ackerbauminister Graf Falkenhayn berichtet eine Bemerkung des Vorredners, daß die Regierung das versprochene Comassationsgesetz noch nicht vorgelegt habe, mit der Constatierung der Thatsache, daß diese Regierungsvorlage im Herrenhause schon vor Wochen eingebracht worden sei.

Abg. Dr. Monti betont, daß man in Oesterreich die Durchführung des Staatsgedankens nach dem verfehlten Muster eines Einheitsstaates anstrebe. Oesterreich sei ein polyglotter Staat, und so viele lebendige Organismen, wie die verschiedenen Völker Oesterreichs, lassen sich nicht nach einer Schablone behandeln. Die föderalistische Regierungsform sei daher für Oesterreich die einzig richtige. Die Gewährung der nationalen Ansprüche werde zur Achtung vor den gemeinsamen Angelegenheiten des Gesamtstaates führen. Sei doch dermalen schon die deutsche Sprache freiwillig als Reichssprache anerkannt. Die Verfassung gewähre den nationalen Bestrebungen nicht den erforderlichen Spielraum; die Verfassung müßte daher nach dieser Richtung hin revidiert werden, wenn zwischen den Völkern Oesterreichs ein friedliches Einvernehmen plaggreifen sollte. (Beifall rechts.)

Abg. Joh. Fuz erklärt, daß er zu der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauen habe und deshalb gegen die Bewilligung des Budgets stimmen werde. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Abg. Hausner erklärt, daß Oesterreich ein Rechtsstaat sein müsse im Sinne des historischen und des philosophischen Zukunftsstaates; denn es sei eingeklemt zwischen zwei Staaten, in welchen die Gewalt entweder offen oder verhüllt herrsche. Nur als Rechtsstaat werde Oesterreich die verschiedenen Volksstämme zu einem festen, widerstandsfähigen Organismus vereinigen. Durch die Gewährung der politischen Freiheit an die einzelnen Theile werde die Macht des Ganzen gehoben. Redner widerlegt eine unrichtige Auffassung seiner Rede in der Debatte über die Arlbergbahn. Nicht die Lösung des Bündnisses mit Deutschland und die Allianz mit Frankreich habe er propagiert, sondern nur die Schaffung der Möglichkeit betont, daß Oesterreich bei der Wahl seiner Alliierten freie Hand habe.

Redner theilt mit den Rednern der anderen Seite die Ansicht, daß die Bundesgenossenschaft mit Deutschland eine Nothwendigkeit sei, er kann aber nicht zugeben, daß die Versöhnung der österreichischen Völker mit dieser Allianz im Widerspruch stehen solle. Die Deutschen in Oesterreich seien in keiner Gefahr, und es sei daher überflüssig, die Deutschen — wie es geschehen — zur Vertheidigung ihrer Nationalität aufzurufen. Die Finanzen Oesterreichs seien allerdings nicht im Gleichgewichte, allein zu schwarz dürfe man dieselben nicht ausmalen. Das Militärbudget sei in vielen europäischen Staaten höher als in Oesterreich und die Steuerlast nur in wenigen geringer. Gegenüber den speciellen Verhältnissen in Oesterreich sei ein Panacée für die Ordnung der Finanzen schwer zu finden, und selbst die prononcierte Finanzrede des Abgeordneten Plener habe es nicht enthalten. Redner wird daher für die Anträge des Budgetausschusses stimmen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 20 Minuten. — Nächste Sitzung morgen.

## Die Bismarck-Krise.

Die Hoffnung, dass die Bismarck-Krise mit dem Verbleiben des deutschen Reichskanzlers auf seinem wichtigen und verantwortungsvollen Posten enden werde, erhält sich. Indessen fehlt es auch nicht an einzelnen, theilweise beachtenswerten Stimmen, die davor warnen, den Zwischenfall allzuleicht zu nehmen. Diese Warnung zu begründen, wird darauf hingewiesen, dass der Gesundheitszustand des Fürsten in der That viel zu wünschen übrig lasse und der Schonung dringend bedürftig sei; gleichzeitig wird daran erinnert, dass der Reichskanzler wiederholt gerade die inneren Streitigkeiten, die Reibereien im Bundesrath und Reichstag als unerträglich bezeichnet habe. Begreiflicherweise wird dabei auch der „Frictionen bei Hofe“ gedacht, wobei die einen wissen wollen, dass sich über das Maß der an Rom zu gewährenden Concessionen Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten, während die anderen den Hauptnachdruck auf die russisch-deutschen Beziehungen legen. Schwierig wäre es, zu untersuchen, welche dieser Versionen die geringere oder größere Wahrscheinlichkeit für sich hat, umso mehr, als sich schließlich doch alle Welt, Segner wie Anhänger der Bismarck'schen Politik, in der Auffassung begegnen, dass sich Fürst Bismarck auch diesmal wieder, was ihn immer zu seinem Entlassungsgesuch bestimmt haben und wie ernst dasselbe auch gemeint sein möge, bewegen lassen werde, seine Demission zurückzuziehen.

Der Rücktritt des Fürsten Bismarck von der Leitung der deutschen Reichsgeschäfte, zu allen Zeiten und unter allen Umständen ein folgenschweres Ereignis, würde im gegenwärtigen Moment, angesichts der Krisis in England, von doppelt einschneidender Wirkung sein. Die deutschen Blätter äußern daher auch insgesammt Zweifel, dass dem Ansuchen des Fürsten Bismarck werde willfahrt werden, glauben vielmehr, dass der Grund der Demission werde beseitigt werden. Die „Post“ begleitet den Aufsehen erregenden Vorfall mit folgenden Bemerkungen: „Gewisse Vorgänge in der Samstagssitzung des Bundesrathes geben in den theiligtigen Kreisen zu vielfachen Erörterungen Anlass. Es soll, zum erstenmale seit dem Bestehen des Bundesrathes, in jener Sitzung vorgekommen sein, dass Vertreter eines und desselben Staates im Widerspruche mit Artikel 6 der Reichsverfassung divergierende Ansichten vorgebracht haben. Ebenso soll das Resultat einer Abstimmung sehr überraschend gewesen sein. Der Besuch des Bundesrathes durch die wirklichen Vertreter der verschiedenen Regierungen scheint in dieser Session ein spärlicherer zu sein wie je zuvor. Man erzählt, dass in dieser Samstagssitzung 13 Regierungen durch Substitution vertreten gewesen sind, so dass sich beispielsweise zwei der anwesenden Mitglieder im Besitze von zusammen 16 Stimmen befunden haben sollen. Hiedurch ist wahrscheinlich das eigenthümliche Ergebnis zustande gekommen, dass die Minorität bei einer Abstimmung aus den Regierungen von mehr als 33 Millionen, die Majorität aus den Regierungen von 7½ Millionen Deutschen, nach Abzug der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen, gebildet worden ist. Uns scheinen dergleichen Stimmenexperimente nicht im Interesse der Autorität des Bundesrathes zu liegen. Formell sind sie zweifellos berechtigt, aber wenn jede formale Berechtigung bis zu ihrer äußersten Grenze getrieben und ausgebeutet wird, so sehen wir nicht ohne Bedenken der verfassungsmäßigen Entwicklung der Zukunft entgegen.“

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: „Wir können uns nicht mit dem Gedanken befreunden, dass dieses Entlassungsgesuch auch wirklich den Rücktritt des Reichskanzlers zur Folge haben wird, vielmehr möchten wir glauben, dass der Fürst nicht sowohl zurücktreten als vielmehr eine Action vorbereiten will, welche durch eine Aenderung der Reichsverfassung der Möglichkeit vorbeugen will, dass die großen Staaten und namentlich Preußen durch die Kleinstaaten majorisirt werden können. Zu dieser Annahme glauben wir auch durch den Wortlaut der Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ berechtigt zu sein, welche gerade die Majorisierung durch die Kleinstaaten so scharf hervorhebt. Und es ist nicht zu leugnen, dass ein schreiendes Mißverhältnis besteht zwischen der Bevölkerungsziffer der die Abstimmungsmehrheit bildenden Staaten und der Zahl der von ihnen abgegebenen Stimmen. Wenn, wie zu erwarten, der Kaiser das Abschiedsgesuch Bismarck's ablehnt, so dürfte die Einbringung einer das Stimmverhältnis ändernden Gesetzesvorlage möglicherweise die Folge sein.“

Ueber die unmittelbare Ursache des Demissionsgesuches herrscht allerorten die nämliche Auffassung. Man nimmt für den Kanzler und gegen den Bundesrath Partei, bedauert den Beschluss des letzteren über die Quittungssteuer, dessen Annullierung gefordert wird, und redet einer entsprechenden Verfassungsänderung das Wort. Es heißt auch, dass der Bundesrath seinen Beschluss zurücknehmen und der Kaiser der Verfassungsänderung zustimmen wolle. Sehr richtig macht man darauf aufmerksam, dass die preussische Regierung und der Reichskanzler sich eine Majorisierung schon in viel wichtigeren Fragen, z. B. in der des Reichsgerichtes, gefallen ließen, und man deduciert

also aus den diesmaligen Folgen der Abstimmung im Bundesrath, dass Bismarck verlangt, es solle das Element der Kopfzahl mehr als bisher zur Norm für das Stimmverhältnis dienen, worin man einen weiteren Schritt zur Einheit des Reiches freudig begrüßen würde. „Wenn der Kanzler“, sagt die „Allg. Ztg.“, „in der That sich der Stellung entäußern wollte, in deren Besitz man sich ihn für die volle fernere Dauer seines Lebens zu denken gewohnt ist, so konnte ihm seine gegenwärtige Majorisierung als ein um so geeigneterer Anlass zur Stellung der Cabinetsfrage erscheinen, als er sich in der formell wie ausgesucht günstigen Lage befindet, nicht bloß für die Stimme Preußens, sondern auch für diejenigen der beiden nächstgrößten Bundesglieder engagiert zu erscheinen, so dass der von ihm vertretene Antrag gewissermaßen durch mehr als 32 Millionen und durch die drei ersten Fürsten des Reiches gedeckt ist.“

## Der Umschwung in England.

Nächst dem Demissionsgesuche Bismarck's sind es die englischen Wahlen und deren internationale Folgen, mit welchen sich im gegenwärtigen Augenblicke die europäische Presse am meisten beschäftigt. In den Pariser Blättern macht namentlich die „Republique Française“ die liberalen Sieger in England darauf aufmerksam, dass sie, zur Regierung gelangt, darauf bedacht sein müssen, der auf den Bänken der Opposition beobachteten Haltung in der griechisch-türkischen Grenzfrage zu entsprechen und diese aufregende Affaire so bald als möglich aus der Welt zu schaffen. Dieser Hoffnung gab auch Freycinet einem Correspondenten gegenüber Ausdruck, indem er versicherte, er glaube, das Whig-Cabinet werde die Lösung der griechischen und ägyptischen Frage beschleunigen. Das „Journal des Débats“ ist der Meinung, die englischen Liberalen würden ebensowenig die Pläne zur Auftheilung der Türkei wie diejenigen der „Italia irredenta“ begünstigen. Eine russisch-englische Allianz hält das Blatt überhaupt für unmöglich. Der „Kappel“ endlich macht mit einem Schreiben eines englischen Schiffscapitäns Maxse staar, worin dieser erklärt, Gladstone sei zwar im Jahre 1871 Frankreich nicht zu Hilfe gekommen, viele Anhänger seiner Partei hätten aber zu dieser Unterstützung gedrängt, während kein einziger Tory die Frage auch nur aufwarf, obwol es doch schon zu der damaligen oppositionellen Rolle dieser Partei gepasst hätte, in dieser wichtigen Sache einen regierungsfeindlichen Standpunkt einzunehmen.

Wie man in Russland die künftige Orientpolitik des Whig-Cabinet's sich vorstellt, zeigt ein Petersburger Brief der „National-Zeitung“: „Zu Verwicklungen — heißt es darin — brauche es zunächst nicht einmal zu kommen; der Berliner Vertrag gebe die gemeinsame Basis und die Nichtausführung desselben hinsichtlich Griechenlands den nöthigen Druck der Türkei gegenüber; aber damit werde man sich als mit einem von Beaconsfield wesentlich beeinflussten und verkümmerten Vertrage kaum begnügen, und der Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen dürfte sich von selbst ergeben; es wäre die im Berliner Memorandum vorgeschlagene Flotten-Demonstration, bei welcher sich das conservative England unter der Mißbilligung der Liberalen zuerst von den anderen Mächten trennte und damit die Verwicklungen acuter machte, und da dieser Plan recht eigentlich ein Lieblingsgedanke der deutschen Regierung war, deren Mitwirkung bei einem gemeinsamen Vorgehen in erster Linie steht, so ergebe sich von selbst, dass, so wie das neue liberale Ministerium an die Ausführung seiner Ideen geht, es bei jenem Vorschlage des Berliner Memorandums wieder anknüpfen müsse.“

Die Zukunftspolitik der neuen englischen Regierung wird selbstverständlich auch in England von den Organen der beiden Parteien nach allen Seiten hin ventilirt. Die „Times“ äußern sich hierüber: „Nachdem kein Zweifel mehr darüber herrschen kann, dass die liberale Partei die Administration des Landes übernehmen muss, tritt die Frage in den Vordergrund, welche Stellung die liberale Majorität und das liberale Cabinet zu denjenigen Punkten der auswärtigen Politik einnehmen werden, welche die Regierung Lord Beaconsfield's gelöst zu haben beansprucht. Lord Hartington hat die entschiedensten Versicherungen erteilt, dass er niemals andere Ziele verfolgt, als die von der Regierung dargelegten, und nur die von letzterer angewendeten Mittel getadelt habe. Wenn die angewendeten Mittel aber nicht die richtigen gewesen sind, so kann nicht geleugnet werden, dass in der kritischsten Periode das Land nur geringen Nutzen aus den Rathschlägen der Opposition ziehen konnte. Ihre verantwortlichen Führer kamen nie über die Stellung peinlicher Fragen — mitunter in inopportunisten Augenblicke — hinaus. Das liberale Cabinet wird, wer auch immer sein Chef sein möge, in Uebereinstimmung mit den Hartington'schen Erklärungen geleitet werden, und liegen seine Wege so ziemlich offen vor Augen. Es wird den Berliner Vertrag in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung Europas und der Politik der Großmächte aufrechterhalten. Es wird der Pforte die Nothwendigkeit der Befriedigung der grie-

chischen Ansprüche und die Beschaffung von Garantien für eine anständige Regierung der unglücklichen Christen Armeniens und anderer Theile der asiatischen Türkei nahelegen. Es wird die anglo-türkische Convention als ein Engagement betrachten, dessen Verpflichtungen von Zufälligkeiten abhängen. Es wird Afghanistan, sobald eine starke Grenze für Indien gesichert und die Ruhe in Kabul hergestellt ist, sich selber überlassen. In Südafrika wird es eine gleich vorsichtige und bescheidene Politik beobachten. Allein wenn diese Politik in europäischen, asiatischen und südafrikanischen Angelegenheiten in dem von uns angedeuteten Sinne erfolgreich durchgeführt worden ist, so wird das liberale Cabinet einen Punkt erreicht haben, wo es, falls es weiter genöthigt würde, sich von den gemäßigten Männern trennen muss.“

## Zum „Culturkampf“ in Frankreich.

Der erste Sturm, welchen die „Märzdecrete“ der französischen Regierung hervorgerufen haben, ist zwar vorüber, aber von einer Beruhigung der hochangeregten Gemüther kann keine Rede sein. Den Entrüstungsfundgebungen reihen sich nun Manifestationen schonungsloser Kampfesentschlossenheit an. Die clericalen Blätter der Hauptstadt wie der Provinz führen eine sehr aufreizende Sprache. Die in Bourdeaux erscheinende „Guienne“ erlässt folgenden Schlachtruf: „Wohlan denn! der Augenblick ist gekommen, den Handschuh aufzuheben. Man behandelt uns als Feinde, wir werden als Feinde handeln. Der Kampf hat begonnen, sich demselben zu entziehen, würde mehr als Schwäche, wir die Feigheit sein. Und deshalb zögern wir nicht, wir Katholiken, denjenigen, die gefagt haben: „der Katholicismus ist der Feind“, zuzurufen: „der Republikanismus, das ist der Feind!“ — Und noch um einige Grade schärfer ist die Kriegsproclamation der Liller „Vraie France“, welche schreibt: „Können wir unsere Entrüstung und unsere Verachtung bezüglich der Anstifter des Staatsstreiches vom 29. März zurückhalten? Nein. Und um dem Ausdruck dieser Entrüstung und dieser Verachtung eine praktische Form zu geben, sagen wir den französischen Katholiken: Ihr werdet nur dann wieder in den Vollbesitz Eurer Rechte gelangen, wenn Ihr die Republikaner aus dem Besitze der Gewalt vertrieben habt. Vertreibt sie! Also zum Sturm gegen die Republik! Katholiken Frankreichs, an Werk!“ — Der Pariser „Univers“ hat, nachdem er anderweitig seinem Jorne Luft gemacht, den regelmäßig, organisierten Krieg seiner Partei und deren Affilierten in folgender Note angekündigt: „Verschiedene Journale sprechen in mehr oder minder genauer Weise über die Berathungen, welche zwischen Senatoren, Deputierten und Chefs oder Vertretern der Ordensgesellschaften betrefis der Verfolgungsdecrete stattgefunden haben. Man hat sich in der That versammelt, und diese Versammlungen werden sich wiederholen. Wir wollen heute nichts Näheres über dieselben veröffentlichen; es genügt zu sagen, dass die Uebereinstimmung vollständig ist, dass der Widerstand energig sein wird und dass keine der Stützen, auf welche man zählen muss, fehlen wird.“

Im republikanischen Lager aber findet oder zeigt man sich wenigstens durchaus nicht beunruhigt durch diese Kriegserklärungen. Das Organ Gambettas, die „Republique Française“, ruft den Clericalen voller Zuversicht zu: „Meine Herren! Sie müssen sich fügen. Die Republik lebt, handelt und befiehlt, Sie werden dies jeden Tag mehr und mehr einsehen.“ — Weiter schreibt dasselbe Blatt: „Frankreich steht hinter jeder Regierung, welche dem Clericalismus die Spitze bietet. Wenn die Wahlen je auf Grund dieser Frage gemacht werden sollten, so würden sie uns eine niederschmetternde Mehrheit geben. Die Clericalen wissen es ebenso gut wie wir. Mögen sie sich also in ihrem Interesse daran erinnern; wenn sie die Anwendung der Decrete vom 29. März in die Länge ziehen, so werden sie dies ebenso sehr bereuen, wie sie heute ihren unsinnigen Feldzug gegen den Art. 7 bereuen. Was übrigens zu kommen mag, der Clericalismus ist als abgethan zu betrachten; der Katholicismus wird, gutwillig oder gezwungen, nach und nach das wieder werden, was zu sein er nie hätte aufhören sollen und wozu ihn das Concordat gemacht hatte, nämlich eine Religion und nicht eine politische Verschwörung, die darauf abzielt, uns zu einer Theokratie zu führen, die hundertmal schlimmer ist, als das alte Regime. In dieser Hinsicht bezeichnet der Monat März den Ausgangspunkt zu einer Bewegung, welche in Zukunft nichts mehr aufhalten kann.“

Den gegen den Republikanismus gerichteten Drohungen der Clericalen setzen die Republikaner ihrerseits eine Drohung gegenüber, für welche man namentlich die Jesuitenkreise ziemlich empfindlich ist, nämlich die Drohung der Gründung einer nationalen Kirche in Frankreich. Man weiß, dass eine nicht geringe Anzahl französischer Geistlicher trotz des vatikanischen Concils von 1870 für den Gallicanismus noch immer ein starkes Faible hat, und erinnert sich, dass der im Jahre 1871 von den Communisten in Paris erschossene Erzbischof Darbois für die Idee einer französisch-nationalen Kirche schon gewonnen

war. Man glaubt deshalb, diese republikanische Drohung nicht allzuleicht nehmen zu dürfen, um nicht eventuell ein noch größeres Uebel heraufzubeschwören, als die „Verfolgungsdecrete“ vom 29. März. Dazu kommt noch, daß mit dem Prinzen Jérôme Napoleon, dem jetzigen Chef der Bonapartisten, voraussichtlich ein großer Theil der Imperialisten von der durch den Pariser „Univers“ angekündigten Opposition abfallen wird, ein Umstand, der gewiß nicht leicht in die Waagschale fällt, namentlich im Hinblick auf die nächsten allgemeinen Kammerwahlen. Wenn also auch die republikanische Regierung durchaus nicht Ursache hat, den Krieg gegen den „Clericalismus“ bagatellemäßig zu behandeln, so hat andererseits dieser doch ebenfalls verwundbare Stellen, welche ihm es rathsam erscheinen lassen müssen, die Saiten nicht zu stramm anzuspinnen.

### Tagesneuigkeiten.

#### Das Ergebnis des Lottogefälles 1878.

In Bezug auf das durch das Lottogefälle in Oesterreich erzielte Gesamterträgnis hat sich das Jahr 1878 als das für den Staatschatz am mindesten günstige des lehtabgewichenen Trienniums erwiesen. Denn während das Totalerträgnis im Jahre 1876 8.306,829 Gulden und im Jahre 1877 sogar 8.976,584 Gulden erreichte, minderte sich dasselbe im Jahre 1878 auf den Betrag von 8.172,377 Gulden herab. Nur Kärnten, Böhmen, Galizien und Dalmazien haben eine Erhöhung des Erträgnisses aus dem Lottogefälle aufzuweisen, welches bei den beiden ersten Ländern den relativ geringen Procentsatz von 6.2, beziehungsweise 4.6 repräsentiert und nur in den beiden letzteren Ländern sich auf 14.6, beziehungsweise 28.8 steigert; alle übrigen Länder dagegen zeigen einen mehr oder weniger bedeutenden Rückgang, welcher sich in aufsteigender Richtung für Steiermark mit 4.6, für Schlesien mit 6.8, für Triest, Görz und Gradiška, Istrien mit 11.5, für Krain mit 11.7, für Mähren mit 12.4, für Niederösterreich mit 16.7, für Tirol und Vorarlberg mit 16.9, für Salzburg mit 24.1 und für die Bukowina mit 32.3 Procenten berechnet. Nur in Böhmen und Galizien läßt sich zum Theile die Erhöhung des Erträgnisses auf die Erweiterung der Spielangelegenheiten durch Vermehrung der Lottocollecturen (um je 3) und in Nieder- und Oberösterreich, in Triest, Görz und Gradiška, Istrien, in Tirol und Vorarlberg, in Mähren und in der Bukowina die Verminderung desselben auf den gleichzeitigen Abfall von Lottocollecturen (und zwar in den beiden ersten Ländern und in Mähren um je 3, in der Bukowina um 2, in Triest, Görz und Gradiška, Istrien und in Tirol mit Vorarlberg um je 1) zurückführen; in Kärnten und Dalmazien dagegen, wo der Erhöhung des Erträgnisses eine Verminderung der Lottocollecturen (um je 1), und in Salzburg, Steiermark und Krain, wo der Verminderung des Erträgnisses eine Vermehrung der Einlagestätten (um 1, beziehungsweise 7 und 2) gegenübersteht, muß die Ursache dieses Ausfalles entweder in der Restringierung der Einlagen (Krain) oder in der zufälligen relativen Höhe der Gewinne (Salzburg und Steiermark) gesucht werden.

Die Anzahl der Spieleinlagen hat gegen 1877 um 8.136,600 (= 7 pCt.), deren Geldbetrag um 1.803,635 fl. (= 8.3 pCt.) und die Anzahl der Gewinne um 178,659 (= 10.6 pCt.), der Geldwert derselben um 936,306 fl. (= 8.1 pCt.) abgenommen. Infolge dessen ist auch für die Gesamtheit der Länder die durchschnittliche Höhe einer Spieleinlage von 18.76 fr. auf 18.50 fr., um 0.26 fr. (= 1.4 pCt.) herabgesunken. Was das Verhältnis der Zahl der Spielgewinne zu jener der Einlagen anbelangt, welches im Jahre 1877 1.45 pCt. betragen hatte, wich dasselbe im Jahre 1878 ebenfalls für die Gesamtheit der Länder auf 1.40 pCt. zurück. Die durchschnittliche Höhe eines Gewinnes dagegen hat gegenüber dem Vorjahre für die Gesamtheit der Länder eine Steigerung von 6.91 auf 7.10 fl. erfahren, an welcher übrigens keineswegs alle Länder gleichmäßig theilnahmen. Gleichwie die durchschnittliche Betragshöhe eines Gewinnes, hat auch das Verhältnis der Gewinnsummen zu jenem der Einlagen im ganzen gegen das Vorjahr eine Steigerung von 53.56 auf 53.71 pCt. erfahren. Im Jahre 1878 entfielen auf je 100 Köpfe der Bevölkerung im Durchschnitte 494 Einlagen mit 91 fl. und 7 Gewinne mit 49 fl., was einen Netto-Ertrag von 42 fl. ergibt.

(Das Festblatt der „Concordia“.) Wie bereits mitgetheilt, gibt der Schriftsteller- und Journalistenverein „Concordia“ gelegentlich der Carroussell-Vorstellungen ein Festblatt heraus, das den Titel „Bando-sona“ führt und das durch seinen Inhalt und seine Ausstattung in literarischer und artistischer Beziehung allgemeines Interesse erwecken wird. Es bringt nämlich die Autographie hervorragender Persönlichkeiten Oesterreich-Ungarns und eine Sammlung von Original-Bezeichnungen ausgezeichneter österreichischer Maler in Wien und im Auslande. Das gesammte Reinerträgnis ist denselben wohlthätigen Zwecke gewidmet, wie jenes

der obenbezeichneten Festvorstellungen. Das Blatt, 24 Folioseiten stark, erscheint bereits am 15. d., und das Exemplar kostet 30 kr. Außer der gewöhnlichen Ausgabe wird aber auch noch eine ganz besondere, eine Prachtausgabe in vornehmster Herstellung veranstaltet, die 1 fl. kostet und nur in einer beschränkten Auflage erscheint.

(Wiener Pferdelotterie.) Der sechsten Section (für Pferdebezug) der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien wurde vom Finanzministerium, im Vereine mit den übrigen beteiligten Ministerien, die Bewilligung ertheilt, mit der im Mai dieses Jahres in der Weltausstellungsrunde stattfindenden Pferde-Ausstellung auch eine Verlosung von Pferden, Wagen, Pferde- und Stallutenfilien in Verbindung zu bringen. Zur Ausgabe gelangen 50,000 Stück Lose à 1 fl. ö. W., und werden die Haupttreffer aus completen vier- und zweispännigen Equipagen, Reitpferden zc. bestehen. In Deutschland sind solche Lotterien bekanntlich schon seit Jahren eingeführt und erfreuen sich dort großer Beliebtheit.

(Das Metermaß in Rußland.) Die russische Regierung betraute, wie der Petersburger „Bereg“ meldet, eine besondere technische Commission mit den Vorarbeiten für die Einführung des metrischen Maß- und Gewichtsystems im russischen Reiche.

(Die Hochzeit der Prinzessin Friederike von Hannover.) Wie man dem „Hannov. Tzgt.“ meldet, findet die Hochzeit der Prinzessin Friederike von Hannover am 24. d. in der St. James-Capelle zu Windsor statt, an eben derselben Stelle, an der vor nunmehr beinahe zwei Jahren König Georg V. von Hannover die letzte Ruhestätte fand. Acht Jungfrauen der hervorragenden Familien der englischen Aristokratie werden der Prinzessin als Brautgefolge dienen. An dem Factum, daß die Heirat trotz des Widerspruchs des Herzogs von Cumberland stattfindet, wäre demnach nicht mehr zu zweifeln. Königin Victoria hat der Prinzessin Schloss Osborne auf der Insel Wight zur Verfügung gestellt.

(Eine verlorene Wette.) Graf Greppi hat seine mit dem Fürsten von Belmonte eingegangene Wette im Betrage von 10,000 Francs, daß er mit vier Pferden in vierundzwanzig Stunden von Rom nach Neapel gelangen wolle, verloren, aber es fehlte nur wenig, daß er sie gewonnen hätte. Graf Greppi war am Samstag abends um 11 Uhr von Rom abgereist. Die vier Pferde waren an eine sehr leichte „Stage“ gespannt, auf welcher bloß der Wetteude und sein Kutscher Platz nahmen. In zwei nachfolgenden Wagen befanden sich die Zeugen, ein Thierarzt und ein Kutscher. Sonntag um halb 9 Uhr war der Graf in Terracina angelangt. Er hatte bereits 80 Kilometer zurückgelegt und die Depeschen meldeten, daß sich die Pferde in gutem Zustande befänden. Um drei Viertel auf ein Uhr kam er nach Nola die Gaeta. Eines der Pferde hinkte und der Sieg war zweifelhaft geworden. Um 7 Uhr abends war man in Capua angekommen, das nur mehr 28 Kilometer von Neapel entfernt ist. Um 8 Uhr ward wieder aufgebrochen, aber in Aversa, 15 Kilometer von Neapel, stürzte das hinkende Pferd zusammen, und es war unmöglich, die Reise fortzusetzen. Wenn Graf Greppi verloren hat, so haben dafür die Armen gewonnen, denn die 10,000 Francs werden an sie vertheilt. Im römischen Jagdclub waren zahlreiche Wetten gemacht worden, aber die Majorität hielt auf den Fürsten von Belmonte. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, mit vier Pferden anzulangen. Uebrigens kann Greppi von sich sagen, daß er alles verloren habe, nur die Ehre nicht, denn sein Mißerfolg ist nur einem unglücklichen Zufall zuzuschreiben.

### Locales.

#### Aus dem Sanitätsberichte des Laibacher Stadtphysikates

für den Monat Jänner 1880 entnehmen wir folgende Daten:

I. Meteorologisches. Luftdruck: Monatmittel 744.1 mm.; Maximum am 3. um 9 Uhr 750.7 mm.; Minimum am 18. um 2 Uhr 732.1 mm.

Lufttemperatur: Monatmittel — 9.0° C.; Maximum am 1. und 2. d. + 5.0°; Minimum am 21. d. — 21.6° C.

Dampfdruck: Monatmittel 2.4 mm.; Maximum am 1. d. um 2 Uhr 4.9 mm.; Minimum am 21. d. um 7 Uhr 0.7 mm.

Feuchtigkeit: Monatmittel 97 Procent; Minimum am 1. d. um 7 Uhr früh 75 Procent.

Bewölkung: Monatmittel 6.4 (im Verhältnisse 1:10), wolkenlose Tage 5, theilweise bewölkte 15, ganz bewölkte 11. Niederschläge gab es nur 4, Summe 13.7 mm., Höhenreif und Schnee; Maximum des Niederschlags innerhalb 24 Stunden am 27. d. 10.4 mm., Schnee.

Das Tagesmittel der Temperatur war 28mal unter und 3mal über dem Normale, am differentesten am 21. d. 14.2° C. unter und am 1. d. 5.5° C. über demselben. Am 10., 12., 15., 16., 18., 23., 24. und 25. d. war Höhenreif; vorherrschend waren die Winde

Ost und Nordwest, theilweise auch im gleichen Verhältnisse Nord und Südwest.

II. Morbilität. Dieselbe war in diesem Monate mäßig. Vorherrschend war der entzündliche Krankheitscharakter, besonders in den Respirationsorganen, Anginen und Rheumatismen. Tuberculosenverschlimmerung nicht allzu häufig. Diphtheritis trat in einigen vereinzelt Fällen auf.

III. Mortalität. Es starben 87 Personen (gegen 85 im Vormonate Dezember 1879 und gegen 103 im Jänner 1879). Von diesen waren 46 männlichen und 41 weiblichen Geschlechtes, 62 Erwachsene und 25 Kinder, daher das männliche Geschlecht um 5 Todesfälle mehr, die Erwachsenen mit zwei Dritttheilen der Todesfälle an der Monatsterblichkeit participierten.

Das Alter betreffend wurden:

todt geboren	4 Kinder
und starben:	
im 1. Lebensjahre	11 "
vom 2. bis 5. Jahre	10 "
" 5. " 10. "	0 "
" 10. " 20. "	1 Person
" 20. " 30. "	9 Personen
" 30. " 40. "	7 "
" 40. " 50. "	6 "
" 50. " 60. "	15 "
" 60. " 70. "	6 "
" 70. " 80. "	13 "
" 80. " 90. "	4 "
über 90 Jahre alt	1 "
Summe	87 Personen.

Die Todesursache in Rücksicht auf das Alter betreffend wurden todt geboren 4 Kinder und starben: Im 1. Lebensjahre 11 Kinder, und zwar: an Bronchitis und Lebensschwäche je 2, an Scleroma, Schlagfluß, Kinnbackenkrampf, Darmkatarrh, Kehlkopfentzündung, Atrophie und Fraisen je 1 Kind.

Vom 2. bis 20. Jahre starben 11 Personen, und zwar: vom 2. bis 5. Jahre 10 Kinder, an Diphtheritis und Fraisen je 2, an brightischer Krankheit, Lungenentzündung, Vascular-Meningitis, Bronchitis, Auszehrung und Phämie je 1 Kind; vom 5. bis 10. Jahre starb niemand, vom 10. bis 20. Jahre an Diphtheritis 1 Person.

Vom 20. bis 60. Jahre starben 37 Personen, und zwar: an Tuberculose 6, an Schlagfluß 4, an Phämie, Auszehrung, pleuritischen Exsudat, zufällig erlittenen Verletzungen, Wassersucht und brightischer Krankheit je 2, an Herzfehler, Septicämie, Hydropericardium, Endo- und Pericarditis, Erschöpfung nach varicöser Blutung während der Geburt, Gehirnähmung, Leberentartung, Puerperal-Peritonitis, Lungenähmung, Lungenentzündung, Hirnhautentzündung, Säuerwahn-sinn, Darmähmung, Enchondrom am Schenkel und sterbend überbracht je 1 Person.

Ueber 60 Jahre alt starben 24 Personen, und zwar: an Marasmus 10, an Tuberculose 2, an Leberentartung, Lungenentzündung, Darmgeschwür, Schlagfluß, Wassersucht, chronischem Magenkatarrh, Lungenkatarrh, Lungenähmung, Lungenödem, halbseitige Lähmung, pleuritischen Exsudat und Lungenemphysem je 1 Person.

Der Vertlichkeit nach starben: im Civilspitale 38, im Elisabeth-Kinderspitale 2, im städtischen Armen-versorgungshause 1, in der Stadt und den Vororten 46 Personen. Letztere vertheilen sich wie folgt: Innere Stadt 11, Petersvorstadt 6, Polanavorstadt 3, Kapuzinenvorstadt 10, Gradiška 3, Krakau 4, Tirnanu 3, Karlstädtervorstadt 2, Hühnerdorf 1, Gradeczdorf 0, auf dem Moorgrunde: Hauptmanca 3.

(Schluß folgt.)

(Militär-Personalnachrichten.) Der Generalmajor Alfred Ritter v. Joëlfson wurde zum definitiven Commandanten der XVIII. Infanterie-Truppen-division und der Artilleriedirector beim Generalcommando in Graz, Generalmajor Anton Edler v. Better zum Festungscommandanten in Komorn ernannt. An Stelle des letzteren wurde der Oberst Rudolf Freiherr Bent v. Wolfsberg des Artilleriestabes, derzeit Artilleriechef beim Militärcommando in Zara, zum Artilleriedirector in Graz ernannt. — Der Oberlieutenant Johann Richter des Artillerieregiments Freiherr v. Hofmann Nr. 12 wurde auf sein Ansuchen in den Ruhestand (Domicil Linz) übernommen und an seiner Stelle der Major Otto Gersner vom technischen und administrativen Militärcomité zum Artillerieregimente Freiherr v. Hofmann Nr. 12 mit der Bestimmung zur Einrückung zum Truppendienste übersezt.

(Aus dem Morascultur-Haupt-ausschusse.) In der gestrigen Sitzung des Morascultur-Hauptauschusses, welcher unter dem Voritze des Obmannes Dr. Josef Kosler auch der Herr Bürgermeister Laschan und als Vertreter des krainischen Landes-ausschusses der Landtagsabgeordnete Herr Baurath Potočnik bewohnten, wurden definitiv die als Experten zu berufenden Fachmänner gewählt. Die Expertise wird Ende dieses Monats abgehalten werden, und sind zu derselben seitens des Morascultur-Hauptauschusses einstimmig folgende Herren berufen worden: Ingenieur v. Podhajsky aus Wien, der die Bewässerung des March-

selbes leitete; Ingenieur Dr. Vicentini, welcher wiederholt Publicationen über die Gewässer Krains, insbesondere über die Höhlengewässer veröffentlichte, und der Hydrotechniker Salvini aus Mailand, dem die Lombardie ihr berühmtes befruchtendes Bewässerungssystem verdankt. Das k. k. Ackerbauministerium entsendet als Sachmann den k. k. Oberbaurath Indra. Der Expertise über die Entwässerung und Bewässerung des Saibacher Morastens, welcher nach den neueren Messungen 17,000 Hektare (25,000 Joch) umfasst, wird in allen technischen Kreisen mit Spannung entgegengeesehen.

— (Todesfall.) In Stopitsch bei Rudolfswert verschied am 1. d. M. der pensionierte Pfarrer Herr Johann Berščaj. Derselbe hatte bis zu seiner im Jahre 1878 krankheitshalber erfolgten Versetzung in den Ruhestand durch mehr wie 30 Jahre als Pfarrer in der Gemeinde Stopitsch gedient.

— (Tödtlicher Sturz.) Der Grundbesitzer Josef Kovadič aus Tschernembl stürzte am 27. v. M., als er dem ihm befreundeten Grundbesitzer Jakob Senica aus Tschernembl über dessen Ersuchen half, seinen mit Weinstöcken schwer beladenen Wagen bei der Fahrt über eine besonders steile Wegstelle in der Nähe der Ortschaft Rodine zurückzuhalten, so unglücklich einen Abhang hinunter, daß er sofort an Ort und Stelle todt blieb.

— (Waldbrand.) In der nächst Ratjschach in Unterkrain liegenden Waldung Zabrusch entstand durch die Unvorsichtigkeit eines Ratjschacher Tischlermeisters am 29. v. M. ein Brand, der eine gegen drei Hektar umfassende, dem Grundbesitzer Martin Potočič aus St. Peter gehörige Waldfläche vernichtete und erst nach längeren Bemühungen der Bewohner der umliegenden Ortschaften bewältigt wurde.

— (Aufgefundene Leiche.) Auf einer Hutweide bei Kletsch, Ortsgemeinde Malgern im Bezirke Gottschee, wurde am 27. v. M. eine bereits im vorgeschrittenen Verwesungsstadium befindliche Leiche aufgefunden, welche als die des 76jährigen Bettlers Mathias Gregorizh aus Nosbüchl bei Tschernembl erkannt wurde. Derselbe hatte sich seit vielen Jahren in der Ortschaft Mooswald unweit Gottschee aufgehalten, war jedoch daselbst schon seit längerer Zeit vermisst worden. Da an der Leiche keinerlei Anzeichen einer verübten Gewaltthat wahrgenommen wurden, so vermutet man, daß der Verunglückte bei der großen Kälte im Monate Jänner auf einem seiner Bettelgänge erfroren sei.

— (Gemeindevahl.) In der Ortsgemeinde Gradische im Steuerbezirke Littai wurden Matthäus Dragler, Grundbesitzer und Wirt in Kopatschia, zum Gemeindevorsteher, Michael Schrey, Grundbesitzer in Gradische, zum Gemeinderathe wieder- und Franz Golob, Grundbesitzer in Gradische, zum Gemeinderathe neugewählt.

— (Literarisches.) Die Verlagsbandlung von Ed. Wartig in Leipzig veranstaltet gegenwärtig eine Sammlung von H. Ch. Andersens ausgewählten Werken, die den zahlreichen Freunden, welche dieser, speciell als Märchenerzähler unübertroffen dastehende und in alle Cultursprachen übersezte dänische Dichter besitzt, gewiss eine sehr willkommene literarische Gabe sein dürfte. Die vorstehende Sammlung soll keine Gesamtausgabe, sondern nur eine Auswahl der besten und beliebtesten Werke des berühmten Dänen bieten und wird daher dem vorliegenden Prospekte zufolge die Romane: „Nur ein Geiger“, „Der Improvisator“, „Sein oder Nichtsein“, „D. B.“ und „Die beiden Baronessen“, ferner „Das Märchen meines Lebens“, „Ausgewählte Märchen und Erzählungen“ und das „Bilderbuch ohne Bilder“ enthalten. Die Auswahl sowie die Revision der Uebersetzungen auf Grund der einzigen vom Verfasser selbst besorgten deutschen Ausgabe hat der Literaturhistoriker Leopold Katscher übernommen, aus dessen Feder das erste bisher erschienene Heft zugleich eine

sehr eingehend gehaltene biographische Skizze Andersens bringt. Die Ausgabe ist auf 15 bis 18 Lieferungen à 10 Bogen zum Preise von je 1 Mark berechnet und soll noch im Laufe dieses Jahres vollendet werden.

### Neueste Post.

#### Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 9. April. Im Abgeordnetenhaus Fortsetzung der Budgetdebatte. Es sprachen Neuwirth und Ruß gegen, Fetabel und Krzeczunowicz für die Vorlage. Morgen Fortsetzung.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht kaiserliche Handschreiben vom 8. April, wodurch der gemeinsame Finanzminister Hofmann auf sein Ansuchen und unter Vorbehalt der Wiederverwendung, sowie Verleihung des Großkreuzes des Leopoldordens in Anerkennung vieljähriger ausgezeichneten Dienste, enthoben und der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Szlavy, zum gemeinsamen Finanzminister ernannt wird.

Berlin, 9. April. Der Reichstag hat in zweiter Lesung des Militärgesetzes die §§ 1 und 2, welche die Friedenspräsenzstärke bis zum 31. März 1888 auf 427,270 Mann feststellen, bei namentlicher Abstimmung mit 186 gegen 96 Stimmen angenommen.

Berlin, 9. April. (Presse.) Eine römische Depesche der „Röln. Ztg.“ meldet, daß die Unterhandlungen zwischen dem Prinzen Reuß und dem Nuntius Jacobini sich auf die Rückberufung der abgesetzten Bischöfe bezogen hätten. Seitens der Curie sei vorgeschlagen, daß die Bischöfe in Briefen an den Kaiser ihre Begnadigung und Wiedereinsetzung erbitten. Die Curie verlange aber selbst nicht, daß diese Bitte bezüglich sämtlicher Bischöfe, z. B. auch Ledochowstis, gewährt werde.

Paris, 9. April. Die Sprache der bonapartistischen Blätter bestätigt den Zwist zwischen den fortgeschrittenen Bonapartisten und den Conservativen infolge des Briefes des Prinzen Napoleon, welchen Zwist man schon vorausah. Das „Ordre“ und die „Estafette“ antworten mit großer Lebhaftigkeit auf den Artikel Cassagnacs und constatieren, daß zwischen dem Imperialismus Cassagnacs und der Partei, deren Führer Prinz Napoleon ist, nichts Gemeinschaftliches bestände. Die katholischen Blätter veröffentlichen ein Schreiben der Erzbischöfe und Bischöfe an Grévy anlässlich der Decrete vom 29. März.

Paris, 9. April. (Br. Allg. Ztg.) Der Erzbischof von Tours, die Bischöfe von Rans, Nantes, Laval und Angers richteten an den Präsidenten der Republik Proteste gegen die März-Decrete. Die Bischöfe behaupten, die Decrete enthielten Angriffe auf die Rechte der Bischöfe und der katholischen Kirche, und fordern den Präsidenten auf, die Decrete zurückzuziehen. Laut neuesten Berichten aus Rom protestierte auch Cardinal Nina namens der Religion und der Gerechtigkeit und machte die französische Regierung für die Folgen ihres Beginns verantwortlich. In Lille fand in der Sacré-Coeur-Kirche des Jesuiten-Collegiums eine kleine Demonstration gegen die März-Decrete statt. Bis jetzt beschloffen sieben Generalräthe Wünsche gegen die März-Decrete. Diese Beschlüsse werden unverzüglich annulliert werden.

Paris, 8. April. Nachrichten aus Petersburg zufolge wird Fürst Orloff demnächst als Botschafter nach Paris zurückkehren.

London, 9. April. Bisher wurden gewählt 317 Liberale, 198 Conservative und 39 Homerulers, welche in Sligo einen Sitz den Conservativen abgerungen haben.

London, 8. April. (N. fr. Pr.) Hartingtons Sprache nimmt täglich an Entschiedenheit zu. Gestern erklärte er in einer Rede, England dürfe nicht vergessen, daß der Berliner Vertrag nur halb ausgeführt sei und daß Beaconsfield damit seinen Nachfolgern eine Erbschaft voll Schwierigkeit hinterließ. Der russische Ehrgeiz und Rußlands Absichten auf Constantinopel würden durch die Action Beaconsfields genährt. Durch eine andere Politik hätte England auf der Balkan-Halbinsel jene Stellung einnehmen können, welche jetzt Rußland besitzt.

Petersburg, 8. April. Der „Herold“ meldet aus angeblich sicherer Quelle, daß Rußland in kürzester Zeit zum Schutze der russischen Interessen fünf größere Kriegsschiffe in die chinesischen Gewässer zu entsenden beabsichtige.

Sofia, 8. April. (Presse.) Seit dem Zusammenritte des Sabranie hat sich das Stärkeverhältnis der beiden Parteien geklärt. 120 Bulgaren und 16 Türken gehören der liberalen, 30 Bulgaren, ein Türke und ein Grieche der conservativen Partei an. Die liberale Majorität beträgt demnach 104 Stimmen.

Constantinopel, 9. April. (Br. Allg. Ztg.) Heute findet die Unterzeichnung des die türkisch-montenegrinische Differenz abschließenden Protokolls statt. Der montenegrinische Gesandte Stanko Radonic wird nächstens auf seinen hiesigen Posten zurückkehren.

#### Telegraphischer Wechselkurs

vom 9. April.  
Papier-Rente 74.—. — Silber-Rente 74.45. — Gold-Rente 90.05. — 1860er Staats-Anlehen 130.50. — Bankactien 842. — Creditactien 288.10. — London 118.65. — Silber —. — k. k. Münz-Ducaten 5.58. — 20-Franken-Stücke 9.45. — 100-Reichsmark 58.35.

#### Angekommene Fremde.

Am 8. April.  
Hotel Stadt Wien. Margheri, Gräfin, Unterkrain. — Banitsch, Architekt, sammt Frau; Birner, Müller, Kaufleute, und Bree, Wien. — Christ, Stuttgart. — Woeste, Reisender, Oberfeld.  
Hotel Elephant. Senca, Rassenfuß. — Cambiagio, Kfm., Triest. — Högl sammt Frau, Graz. — Ficht, Reisender, Wien.  
Kaiser von Oesterreich. Hotevar, Loitsch. — Herzog, Kungsgärtner, Kärnten.  
Wohren. Rajcen und Dobnik, Studenten, Marburg. — Partmann, Billach. — Peterza, Kfm., Laibach.  
Bairischer Hof. Povše, Fleischnauer, Pec. — Soretisch, Kfm., Altenmarkt. — Cadore, Holzhändler, Triest.

#### Verstorbene.

Den 8. April. Johanna Volk, Fabrikarbeiterin, 22 J., Wienerstraße Nr. 7, Lungenfucht.  
Im Civilspitale:  
Den 7. April. Josef Stepic, Inwohner, 72 J., Chron. Lungenentzündung.  
Den 8. April. Anton Knisic, Inwohner, 53 J., Zehrfieber. — Johann Smerdu, Inwohner, 60 J., Eiterungsieber.

#### Lottoziehung vom 7. April:

Prag: 28 63 84 35 78.

#### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

April	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Anlicht des Himmels	Regen in Millimetern
	7 U. Mg.	727.46	+ 5.0	windstill	Nebel	2.05
	9 „ „	727.34	+ 10.8	D. schwach	bewölkt	Regen
	9 „ Ab.	730.15	+ 7.3	D. schwach	Regen	

Vormittags theilweise heiter, nachmittags zunehmende Bewölkung, abends Regen und starkes Geschrei der Zugvögel in den Lüften, bis Mitternacht anhaltend. Das Tagesmittel der Wärme + 7.7°, um 1.3° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

**Börsebericht.** Wien, 9. April. (1 Uhr.) Die Börse war für Renten beliebt, für andere Werte fest, der Umsatz aber blieb ein mäßiger.

Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware	
<b>Papierrente</b>															
74 05		74 15		103 —		104 —		169 —		169 50		99 90		100 10	
<b>Silberrente</b>															
74 40		74 50		104 50		105 —		266 —		266 25		106 50		107 —	
<b>Goldrente</b>															
89 90		90 —		98 —		98 50		129 —		129 50		101 —		101 25	
<b>Dose, 1854</b>															
123 50		124 50		91 50		92 25		165 —		165 50		84 75		85 —	
<b>Dose, 1860</b>															
130 50		131 —		99 50		91 —		664 —		664 —		177 25		177 75	
<b>Dose, 1860 (zu 100 fl.)</b>															
183 25		183 75		91 25		92 —		164 75		167 25		127 —		127 50	
<b>Dose, 1864</b>															
174 50		175 —		112 50		112 75		172 25		172 75		114 —		114 25	
<b>Ang. Prämien-Anl.</b>															
115 —		115 25		134 50		135 50		160 —		160 25					
<b>Credit-B.</b>															
177 —		177 50		145 50		146 —		280 50		281 —					
<b>Rudolfs-B.</b>															
18 —		18 50		157 25		157 75		31 50		32 —					
<b>Prämienanl. der Stadt Wien</b>															
118 75		119 —		288 30		288 50		246 —		246 50					
<b>Donau-Regulierungs-Dose</b>															
113 —		113 25		273 75		274 —		138 75		139 —					
<b>Domänen-Pfandbriefe</b>															
146 75		147 —		842 —		843 —		148 —		148 50					
<b>Österr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar</b>															
101 25		101 75		112 50		112 75		150 —		150 25					
<b>Österr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar</b>															
102 —		102 50		127 50		127 75		244 50		245 —					
<b>Ungarische Goldrente</b>															
105 65		105 75		157 25		157 75									
<b>Ungarische Eisenbahn-Anleihe</b>															
127 50		127 75		610 —		611 —									
<b>Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde</b>															
127 50		127 75		190 25		190 75									
<b>Ungarische Schapanw. vom J. 1874</b>															
102 25		102 75		2435 —		2440 —									
<b>Anlehen der Stadtgemeinde Wien in W. B.</b>															
102 25		102 75													
<b>Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 74 05 bis 74 15 Silberrente 74 45 bis 74 55 Goldrente 89 90 bis 90 —</b>															
<b>164 — London 118 65 bis 118 70 Napoleons 9 45 bis 9 46 Silber — bis —</b>															